

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Milena Koch

Viele Opfer durch schwere Unwetter

Im Zuge der tagelangen heftigen Regenfälle kamen mindestens 200 Menschen ums Leben. Viele werden vermisst, teilten die Behörden Ende Mai mit. Schwere Monsun-Regenfälle lösten Überflutungen und Erdbeben aus. Wie die Katastrophenbehörde DMC mitteilte, wurden über 80.000 Menschen, insbesondere im Süden und Westen Sri Lankas, evakuiert und befinden sich auf der Flucht. Auch die Hauptstadt Colombo war von den Überschwemmungen betroffen. Vielerorts ist das Trinkwasser verunreinigt und die Stromversorgung zusammengebrochen. Die größte Zahl der Todesopfer wurde aus Ratnapura in der südwestlichen Provinz Sabaragamuwa gemeldet. Dort war der Fluss Kalu über die Ufer getreten und hatte das Zentrum überflutet. Auch der Distrikt Kalutara, rund 30 Kilometer südlich der Hauptstadt Colombo, war von den schweren Verwüstungen durch Wassermassen und zahlreiche Erdbeben stark betroffen. Der Behördenvertreter Roshan Senviratne teilte mit, dass Soldaten zu Rettungsarbeiten in die betroffenen Gebiete geschickt worden seien. Vor den Unwettern Flüchtende wurden durch die sri-lankische Luftwaffe und Marine mit Hubschraubern von ihren Häuserdächern gerettet. Nach Aussage der Katastrophenschutzbehörde ist die Zahl der Todesopfer Anfang Juni auf 208 Personen gestiegen. Hinzu kommen 92 Vermisste. Die Behörden befürchten, dass die Zahl der Opfer weiter steigt. Die Regierung bat um internationale Unterstützung bei den Aufräumarbeiten. Indien schickte mehrere Marineschiffe mit Nothilfematerial und medizinischen Hilfsgütern. Sri Lankas Außenminister teilte mit, dass aus insgesamt 16 Ländern Hilfsgüter eingetroffen seien. Aus dem Auswärtigen Amt hieß es, dass die deutsche Botschaft in Colombo den vor Ort agierenden Hilfsorganisationen insgesamt 100.000 Euro bereitstelle.

Tote und Verletzte nach Einsturz einer Mülldeponie

In Sri Lanka ist am 14. April eine riesige Mülldeponie am östlichen Stadtrand Colombos eingebrochen. Die Behörden sprechen von mindestens 26 Toten und zahlreichen Verletzten. Die Müllhalde von Kollonnawa war durch starke Regenfälle ins Rutschen geraten. Die 90 Meter hohe Mülldeponie begrub

zahlreiche Häuser unter sich. Nach Angaben der Polizei wurden über 145 Gebäude von der Mülllawine verschüttet. Unter den identifizierten Opfern waren laut der Krankenhaussprecherin Pushpa Soysa auch vier Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 11 und 15 Jahren. Mehrere Menschen gelten als vermisst. Rettungskräfte sowie mehrere hundert, von Präsident Maithripala Sirisena abgeordnete Soldaten versuchten, mit Baggern und anderen schweren Geräten zu den Opfern vorzudringen, um sie aus dem Unrat zu befreien. Rund 1700 Menschen wurden laut Polizei notdürftig in mehreren Schulen untergebracht. Wegen des starken Regens hatten viele Anwohner zum Zeitpunkt der Katastrophe ihre Behausungen verlassen. Ein Behördensprecher sagte, dass die Zahl der Opfer sonst wesentlich höher gelegen hätte.

Nach dem Unglück wurde Kritik an den mangelnden Sicherheitsvorkehrungen im Umfeld der Müllhalde laut. Trotz der Sicherheitsbedenken hatte die Stadtverwaltung täglich mehrere hundert Tonnen Müll auf der Halde abladen lassen. Die Proteste der Anwohner halfen nichts. Premierminister Ranil Wickremesinghe erklärte, dass bereits vor dem Unglück Vorkehrungen für eine Schließung der Müllhalde getroffen worden seien. Die Abräumarbeiten hatten jedoch noch nicht begonnen. Jedes Jahr wächst die Müllkippe von Kollonnawa um etwa 23 Mio. Tonnen. Vor den von der Halde ausgehenden Gefahren warnen Gesundheitsexperten schon seit langem. Auch das sri-lankische Parlament hatte erst kürzlich die Schließung der Deponie verlangt. Es liegen Pläne zum Bau eines Kraftwerkes vor, mit dem Energie durch Müllverbrennung gewonnen werden soll.

Präsident Sirisena ersetzt Außenminister

Sri Lankas Präsident Maithripala Sirisena hat am 22. Mai den liberalen Außenminister Mangala Samaraweera durch Ravi Karunanayake ersetzt. In der ersten Kabinettssumwandlung seit 2015 wurde ihm vom Präsidenten das Amt des Finanz- und Medienministers zugeteilt. Ravi Karunanayake wechselte vom Finanz in das Außenministerium. Samaraweera war sehr erfolgreich darin, internationale Sanktionen aufgrund der Vorwürfe von Kriegsverbrechen während des Bürgerkriegs zu verhindern. Er war an den Verhandlungen der Resolution 31/1 im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen beteiligt, die zwar eine

Untersuchungen mit internationaler Unterstützung über die vermeintlichen Kriegsverbrechen fordern, der Regierung aber Spielräume bei der Umsetzung einräumen. Von Anhängern der singhalesischen Nationalisten wurde er gleichwohl beschuldigt, den Weg für eine internationale Einmischung zu ebnet. Inwieweit die Kabinettsumwandlung ein Zeichen für einen regierungspolitischen Strategiewandel hin zur Versöhnung darstellt, blieb bislang offen (siehe Beitrag von Sundanda Deshapriya).

Küstenwache greift Boot mit 30 Rohingya-Flüchtlingen auf

Ende April hat die Küstenwache von Sri Lanka ein indisches Boot mit 30 Rohingya-Flüchtlingen auf dem Meer aufgegriffen. Der Marinesprecher Chaminda Walakuluge teilte der Presse am 30. April mit, das Boot sei illegal in sri-lankisches Gewässer eingedrungen. Da sich an Bord des Bootes viele Kinder befunden haben, wurde es von der Küstenwache in einen Hafen eskortiert. Dort erhielten die Angehörigen der Rohingya-Volksgruppe Nahrung und medizinische Hilfe. Über das weitere Schicksal der Flüchtlinge entscheiden die Behörden. Zwei indische Besatzungsmitglieder wurden von den Behörden verhört. Walakuluge zufolge hatten die Passagiere vier Jahre als Flüchtlinge in Indien gelebt, bevor sie sich zur Überfahrt nach Sri Lanka entschieden hatten. Mehrere Tausend Angehörige der muslimischen Volksgruppe Rohingya sind seit 2012 aus dem buddhistisch geprägten Myanmar geflohen. Das dortige Militär betreibt seit Oktober 2016 eine Sicherheitsoperation, die zur Vertreibung führt. In Myanmar gelten die Rohingya als Einwanderer aus Bangladesch; die Staatsbürgerschaft Myanmars verweigert. Seit 1948 wird das Militär eingesetzt, die Rohingya aus dem Land zu vertreiben. Menschenrechtsorganisationen und Flüchtlinge berichten von illegalen Inhaftierungen, Folter, Vergewaltigungen von Frauen und Mord. Viele Angehörige der Volksgruppe leben als Flüchtlinge in Bangladesch sowie in anderen asiatischen Ländern.

Höherer Anteil von Frauen in der Wirtschaft

Premierminister Ranil Wickremesinghe teilte Mitte Mai mit, dass er sich eine höhere Unternehmensbeteiligung von Frauen wünsche. Dies solle das Wirtschaftswachstum Sri Lankas steigern. Ein in Colombo organisierter Gipfel befasste sich mit der Förderung von Frauen im Unternehmertum. Laut Premierminister stellt Südasiens eine der am schnellsten

wachsenden Regionen der Welt dar. Eine Beteiligung von Frauen sei für das Wirtschaftswachstum von großer Bedeutung. Die Frauenbeteiligung und die internationale Zusammenarbeit müsse demzufolge erhöht werden, fügte er hinzu.

International Crisis Group: Neuer Bericht zu Sri Lanka

Am 16. Mai veröffentlichte die *International Crisis Group* (ICG) einen Bericht zur politischen Lage in Sri Lanka. Die ICG analysiert internationale (Gewalt-) Konflikte und erarbeitet politische Lösungsvorschläge. Die weltweit agierende NRO mit Sitz in Brüssel empfahl, dass die sri-lankische Regierung zu ihrer ursprünglichen Regierungs- und Versöhnungsagenda zurückkehren müsse, um die andauernden Konflikte seit dem Ende des Bürgerkrieges zu lösen. In ihrem Bericht mit dem Titel „Sri Lankas Übergang ins Nirgendwo“ (*Sri Lanka's transition to nowhere*) führte die ICG aus, dass Sri Lankas Versäumnis, die Kriegsvergangenheit aufzuarbeiten, jede Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden zwischen den verschiedenen Ethnien gefährde. Die ICG konfrontierte Präsident Maithripala Sirisena mit den Optionen, sich entweder seinen Versprechen zu stellen und Gerechtigkeit für die vielen Kriegsoptionen walten zu lassen oder aber einen erneuten Konflikt zu riskieren. Bei seinem Amtsantritt hatte Sirisena versprochen, die Gräueltaten seines Vorgängers Mahinda Rajapaksa, insbesondere während der letzten Kriegsmonate, aufzuklären. Damals wurden bis zu 40.000 tamilische Zivilist(inn)en durch Sicherheitskräfte ermordet. Entgegen der Forderung nach Aufklärung durch internationale Gerichte hat der Präsident keine Klage gegen beschuldigte Generäle und Soldaten erhoben. Der ICG-Bericht kritisiert auch die polizeilichen Ermittlungen im Mordfall eines prominenten Karikaturisten. Ebenso kommen versprochene Reformen nur langsam oder gar nicht voran. Die ICG zweifelt an Sirisenas Versprechen, die Versöhnung nach dem Bürgerkrieg in Gang zu setzen. „Ehrgeizige Versprechen, die Wirtschaft zu verbessern, Korruption zu beseitigen, die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen, das Vermächtnis der Kriegsvergangenheit zu bewältigen und eine neue Verfassung zu schreiben, bleiben weitgehend unerfüllt“, so der Bericht.

EU gewährt leichteren Zugang zum Binnenmarkt

Am 19. Mai hat die Europäische Union (EU) einen beträchtlichen Teil der Einfuhrzölle auf Waren aus Sri Lan-

ka abgeschafft. Mit dem Zollpräferenzabkommen GSP+ wird Sri Lanka ein leichter Zugang zum Binnenmarkt gewährt. Im Gegenzug hat sich die Regierung dazu verpflichtet, 27 von Sri Lanka ratifizierte, internationale Abkommen über Menschenrechte, Arbeitsbedingungen, Umweltschutz und verantwortungsvolle Staatsführung dynamisch umzusetzen und die Kontrolle der Umsetzung auch durch die EU vornehmen zu lassen. Die Abschaffung der Zölle gilt für eine breite Produktpalette, unter anderem Fischereierzeugnisse und Textilien. Sri Lanka und seine wirtschaftliche Entwicklung sollen durch den Handel mit Europa gefördert werden (siehe auch Beitrag von Shreen Saroor).

Resolution des UN-Menschenrechtsrates

Am 23. März verabschiedete der UN-Menschenrechtsrat (UNHCR) in Genf die Resolution 31/1 zu Sri Lanka (Dokument A/HRC/RES/31/1). Sri Lanka beteiligte sich als sogenannter Co-Sponsor an der Ausarbeitung der Resolution, die von Montenegro, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland sowie den Vereinigten Staaten von Amerika eingebracht worden war. Der UNHCR gab mit der Resolution der Regierung in Sri Lanka zwei weitere Jahre Zeit, dem Titel „Förderung der Aussöhnung, der Rechenschaftspflicht und der Menschenrechte in Sri Lanka“ (*Promoting reconciliation, accountability and human rights in Sri Lanka*) gerecht zu werden. „Diese Resolution reflektiert unser ungebrochen starkes Engagement für den Frieden, die Gerechtigkeit und die Versöhnung für alle Menschen in Sri Lanka. Sie erkennt die wichtigen Schritte an, die Sri Lanka bereits zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten getroffen hat, sowie die Notwendigkeit, weitere Schritte zur Gewährleistung der Schutzmaßnahmen und ihrer vollständigen Umsetzung zu gehen“, teilte die US-Delegation in Genf mit. Der sri-lankische Vizeaußenminister Harsha de Silva unterstrich, dass seine Regierung das von allen aufgebrachte Verständnis zutiefst schätze und in Zukunft für alle Menschen in Sri Lanka Frieden und Wohlstand sichern wolle.

Sri Lanka vor dem UN-Ausschuss zur Überwachung des Sozialpakts

Im April musste die Regierung in Genf ihren Bericht zur Umsetzung des Sozialpakts vorlegen (*UN Covenant on Economic Social and Cultural Rights*). Während sich die Regierung in der mündlichen Anhörung auf einem guten Weg sah, machten zivilgesellschaftliche Organisationen (darunter FIAN Sri Lanka) auf dramatische

Verschlechterungen bei der Gesundheitsversorgung und bei Bildungseinrichtungen geltend. Sie sahen in der Privatisierung und Austeritätspolitik der Regierungen eine wesentliche Ursache und prognostizierten drastische Einschnitte bei den Leistungen zur sozialen Sicherheit, zum Erhalt von Arbeitsplätzen und Einkommensmöglichkeiten; etwa für Fischerfamilien oder kleinbäuerliche Betriebe.

Gewalt gegen Muslime

Nach einer Reihe von Brandanschlägen auf Moscheen, muslimische Geschäfte sowie auf einen Friedhof im Mai 2017 wird mit einer Großfahndung nach dem buddhistischen Hardliner und Mönch Galagodaththe Gnanasara gesucht, der zu den Hassattacken aufgerufen hatte. Bereits im Jahr 2013 hatte der Generalsekretär der nationalistischen Organisation buddhistischer Mönche, *Bodu Bala Sena* (BBS) seine Anhänger dazu aufgerufen, Kampagnen gegen sri-lankische Muslime zu führen. Sri Lanka sei ein buddhistisches Land, und die ethnischen Minderheiten müssten sich dem Mehrheitsvolk unterordnen, um die buddhistische Identität nicht zu gefährden. Im Juni 2014 brachen daraufhin gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Buddhisten und Muslimen aus. Die muslimischen Gemeinden bilden in Sri Lanka etwa 10 Prozent der Bevölkerung. Die Delegationschefin Tung-Lai Margue von der Europäischen Union forderte die Regierung auf, sicherzustellen, dass die Täter schnell verfolgt würden. „Es ist wichtig, dass die Regierung und die Polizei dafür sorgen, dass es keine Straflosigkeit für Hassverbrechen gibt“, sagte Margue in einer Erklärung nach dem Besuch der Dewatagaha-Moschee in Colombo. Bislang hat die Polizei noch niemand im Zusammenhang mit den Anschlägen verhaftet. Aktivist(inn)en warnten, dass die Untätigkeit der Polizei zu ähnlichen Unruhen wie im Jahr 2014 führen könnte.

Einzäunung von Mülldeponien zum Schutz der Elefanten

Zum Schutz der frei lebenden Elefanten werden in Sri Lanka die offenen Mülldeponien eingezäunt, so der Beschluss der Regierung am 31. Mai. Die Regierung forderte die Kommunalverwaltungen dazu auf, sich künftig um eine bessere Müllentsorgung zu kümmern. Die rund 7500 frei lebenden Elefanten suchen auf den 50 landesweiten Mülldeponien vermehrt nach Nahrung. Dabei laufen sie Gefahr, sich Krankheiten zuzuziehen. Die Lebenserwartung der in Sri Lanka verehrten Tiere ist vergleichsweise niedrig.